

Information zur Datenverarbeitung im schulpsychologischen Dienst der Landeshauptstadt Kiel

Sehr geehrte Ratsuchende,
der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns sehr wichtig.

Nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck die schulpsychologische Beratungsstelle der Landeshauptstadt Kiel Daten erhebt, speichert oder weiterleitet. Der Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

Verantwortliche gemäß Art. 4 Nummer 7 DSGVO ist die schulpsychologische Beratungsstelle der Landeshauptstadt Kiel, Rathausstraße 14, 24103 Kiel.

Der Datenschutzbeauftragte gemäß Art. 37 DSGVO ist der Datenschutzbeauftragte Schule des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, erreichbar unter E-Mail DatenschutzbeauftragterSchule@bimi.landsh.de, Telefon 0431 988-2452.

Die Aufgaben des schulpsychologischen Dienstes sind in § 132, Abs. 1 des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes definiert. Im „Konzept des schulpsychologischen Dienstes“, der verbindlichen Arbeitsgrundlage, sind auch die Rahmenbedingungen sowie die Tätigkeitsfelder näher beschrieben (siehe auch www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/II/inklusion_schulische/schulpsychologen.html). Eine schulpsychologische Beratung kann von allen am Schulleben Beteiligten in Anspruch genommen werden.

Ihre personenbezogenen Daten werden zu folgenden Zwecken erhoben und verarbeitet: Personenbezogene Daten werden verarbeitet, um den Beratungsauftrag des schulpsychologischen Dienstes zu erfüllen. Schulpsycholog*innen helfen bei Schulschwierigkeiten und unterstützen die Schulen und Schulaufsichtsbehörden in psychologischen Fragen.

Schulpsycholog*innen sind ausschließlich beratend tätig und die Inanspruchnahme ist freiwillig. Die Klient*innen wenden sich direkt an die schulpsychologische Beratungsstelle, für in Schule Tätige gibt es keinen Dienstweg. Die Schulpsycholog*innen unterliegen der Schweigepflicht nach § 203 Strafgesetzbuch.

Folgende Kategorien von personenbezogenen Daten werden in der schulpsychologischen Beratungsstelle verarbeitet: Bei Anmeldung im Sekretariat werden die Kontaktdaten der Ratsuchenden, die Statusgruppe, Daten zur jeweiligen Schule und ggf. Informationen zur Schullaufbahn des*der Schüler*in aufgenommen und gespeichert. Bei Elternanmeldungen werden zusätzlich Anschrift, Familienstand, Sorgerecht, Geburtstag des*der Schüler*in und ggf. Informationen zu den Geschwistern und weiteren Behandler*innen vermerkt. Während oder nach dem Beratungsprozess kommen in der Regel persönliche Notizen zum Beratungsverlauf als Gedächtnisstütze dazu, ggf. auch Informationen zum Leistungsstand (z.B. Zeugnisse).

In Einzelfällen ist die Verarbeitung von Gesundheitsdaten (alle Daten, die den physischen oder psychischen Zustand von Menschen beschreiben) notwendig, um Sie sachgerecht beraten zu können. Die Verarbeitung bedarf jedoch Ihrer ausdrücklichen Einwilligung. Die Erhebung von Gesundheitsdaten im Rahmen von Eltern-Schüler*in-Beratungen erfolgt nur nach Absprache und mit schriftlichem Einverständnis der Erziehungsberechtigten. Bei Bedarf erhalten Eltern eine Zusammenstellung der Ergebnisse (i.d.R. Kopie des Testergebnisses). Auf freiwilliger Basis können Sie fachärztliche, psychologische und sonderpädagogische Gutachten in Kopie zur Verfügung stellen.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die von Ihnen erteilte Einwilligung zur Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a, Art. 7 und Art. 4 Nummer 11 DSGVO. Weitere Rechtsgrundlagen sind:

- Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz, § 132 und § 133
- Schuldatenschutzverordnung (SchulDSVO), Teil 3, §§ 17 bis 19

Die erhobenen Daten werden nur dann an Dritte weitergeben, wenn Sie (bei minderjährigen Schüler*innen die Erziehungsberechtigten) eine Entbindung von der Schweigepflicht schriftlich erteilt haben. In der Schweigepflichtentbindung ist schriftlich festgehalten, an welche Personen Informationen weitergeleitet werden dürfen.

Ihre Daten werden gelöscht, wenn sie zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind, spätestens jedoch fünf Jahre nach Abschluss der Beratung.

Nach der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, so steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Wenn Sie in die Verarbeitung durch die schulpsychologische Beratungsstelle der Landeshauptstadt Kiel durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von den oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Jede Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Die Aufsichtsbehörde ist das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), Holstenstraße 98, 24103 Kiel, E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de, Telefon 0431 988-1200. Das ULD bietet auch verschlüsselte E-Mail-Kommunikation an (<https://www.datenschutzzentrum.de/artikel/1008-.html>).